



**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpresse@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpresse@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)

[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)

[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

11.01.2016

Pressemitteilung Nr. 17/694

## **Brunotte: SPD für Einführung der Mietpreisbremse in Niedersachsen**

Die SPD-Landtagsfraktion will in zwölf niedersächsischen Kommunen und in sämtlichen Inselgemeinden die Mietpreisbremse einführen: „Wir wollen Mieterinnen und Mieter in den betroffenen Städten und Gemeinden mit einem überhitzten Wohnungsmarkt wirksam vor überzogenen Mieterhöhungen schützen“, erklärt dazu Marco Brunotte, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Die Mietpreisbremse ist in Niedersachsen geplant für die Städte Braunschweig, Buchholz in der Nordheide, Buxtehude, Göttingen, Hannover, Langenhagen, Leer, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Vechta, Wolfsburg sowie die Inselgemeinden.

„In Kombination mit weiteren Maßnahmen ist die Mietpreisbremse für Niedersachsen ein wirksames Instrument, um bezahlbares Wohnen möglich zu machen“, betont Marco Brunotte. Dazu gehöre das 400-Millionen-Euro-Programm für den sozialen Wohnungsbau in Niedersachsen. So soll bezahlbarer Wohnraum für

Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen geschaffen werden. 5.000 Wohnungen werden durch diese Förderung entstehen können.

Der Bund hat den Ländern die Möglichkeit gegeben, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten die Mietpreisbremse einzuführen. Bei Einführung darf die Miete bei Neubelegung einer Wohnung nicht mehr höher als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.

Die Niedersächsische Landesregierung hat die NBank beauftragt, die Wohnungsmärkte in Niedersachsen zu analysieren und die Einführung der Mietpreisbremse zu prüfen. In dem Gutachten kommt die NBank zu dem Ergebnis, dass in zwölf Kommunen und sämtlichen niedersächsischen Inselgemeinden die Preisbremse eingeführt werden sollte.

„Das Gutachten der NBank ist eine solide und fundierte Grundlage für eine Verordnung zur Einführung der Mietpreisbremse in Niedersachsen“, sagt Marco Brunotte, Sprecher für Wohnungs- und Städtebau der SPD-Landtagsfraktion. Deswegen unterstütze die SPD die Einführung der sogenannten „Mietbegrenzungsverordnung“ in Niedersachsen.

Auch die auf Bundesebene beschlossene Neuregelung der Maklercourtage zeige Wirkung. Bisher musste die Gebühr von den künftigen Mietern bezahlt werden. Damit ist jetzt Schluss. Nun gilt das sogenannte Bestellerprinzip. So wird sichergestellt, dass derjenige die Maklergebühren zahlt, der den Makler auch beauftragt hat.

„Wir übernehmen Verantwortung für die Menschen in Niedersachsen und haben ‚Bezahlbares Wohnen‘ endlich wieder zum Thema gemacht“, sagt Marco Brunotte, „die Einführung der Mietpreisbremse ist dafür ein weiterer Baustein“.